

DURCHBLICK

DIE LINKE.
KREISVERBAND BIELEFELD

Sozialistische Zeitung für Bielefeld

Herbst 2012

Wuchernden Reichtum besteuern

UmFAIRteilen!

Die Schere zwischen Arm und Reich spreizt sich. Immer mehr Bürger spüren das am Geldbeutel.

Anfang September wurde es durch den Armuts- und Reichtumsbericht der Regierung Merkel sogar amtlich: In 10 Jahren Hartz IV sank der Reallohn um 5,4 Prozent, doch die Unternehmensprofite stiegen um 50 Prozent. Niedriglohnsektor und Leiharbeit wurden aufgebläht. Ein Fünftel der Arbeitsplätze reichen nicht zur Existenz, Hungerrenten im Alter sind schon heute garantiert.

Wie konnte das bloß so weit kommen?

Schon Rot/Grün hat Spitzenverdiener, Banken, Konzerne und Groß-

Ohne die Senkungen von Spitzensteuersatz, Körperschaftssteuer, Kapitalertragssteuer und bei Fortbestand der Vermögenssteuer wären die Schulden von NRW statt 126 Milliarden Euro (2011) mit 62 Milliarden nur halb so hoch. 92 Prozent der Steuerverluste von NRW in Höhe von 7,2 Milliarden Euro jährlich gehen auf das Konto der Regierung Schröder/Fischer.

vermögen mit riesigen Steuergeschenken beglückt; Schwarz/Rot und Schwarz/Gelb trieben das weiter. Dazu kamen jetzt Neuschulden aus der Bankenrettung in Höhe von mehreren Bundeshaushalten. Beglichen

werden diese hunderte von Milliarden aber keineswegs aus dem gigantischen Vermögen der Reichen, denen der Rettungsschirm wirklich galt. Die kleinen Leute sollen europaweit dafür bluten, mit Lohnverzicht, Sozialkürzungen und Kahlschlag in der Daseinsfürsorge.

Frau Merkel leiert gebetsmühlenartig: „Kein Geld da, bloß Schulden“. Irrtum, das Geld ist nicht weg. Es haben jetzt andere. Durch 10 Jahre Steuerverzicht von Rot/Grün, Schwarz/Rot und Schwarz/Gelb zugunsten von Großvermögen klaffen Einnahmenlöcher bei Bund, Ländern und Gemeinden. Eben durch die Zinsen (für inzwischen 2.000 Milliarden öffentliche Schulden) sind die privaten Vermögen auf

10.000 Milliarden geklettert. Diese 10 Billionen sind ungleich verteilt: Das reichste Zehntel der Deutschen besitzt zwei Drittel, die superreichen oberen Achttausend haben ein Fünftel davon. Es ist amtlich: Die Privatvermögen wuchern, der Staat und die kleinen Leute werden immer ärmer.

Wird das immer so weitergehen?

Nein, so geht es nicht weiter. Das Bündnis „UmFAIRteilen“ aus 24 Sozialverbänden, Jugendorganisationen und Gewerkschaften fordert endlich Besteuerung von Großvermögen. In der neuen Bürgerbewegung trugen mehr als 40.000 Demonstranten in Berlin, Bochum, Frankfurt, Hamburg und

Köln ihre Forderung am 29. September auf die Straße. Auch DIE LINKE ist an dieser Bewegung beteiligt.

Carsten Strauch
Kreissprecher DIE LINKE

**Adil Paylasim
eylemlerine 40 bin
emekci katildi**

Almanyada 29 Eylül Cumartesi günü farklı kentlerde 40 binden fazla emekcinin katıldığı gösteri ve yürüyüslere zenginlerden daha fazla vergi alınarak adil paylasim çagrisi yapıldi.

Demokratik Isçi Dernekleri Federasyonunun (DİDF) platformun içinde yer alan bir örgütlülük olarak eylemin degerlendirmesini yaptı. Yazinin tamamini Sol Parti nin internet sayfasinda okuyabilirsiniz.

INFO: www.dielinke-bielefeld.de

Gehüpft und getanz

wurde auf dem Aktionstag von UmFAIRteilen am 29. 9. In Bochum waren die Jugendlichen unter den 6.000 Demonstranten vom Kulturprogramm so angetan, dass beim Straßenprotest stellenweise Volksfeststimmung aufkam. Mit ihnen forderten in 39 weiteren Städten insgesamt 40.000 alte und junge Nichtmillionäre, Deutschlands gigantische Vermögen zu einer Lastenausgleichsabgabe heranzuziehen und zudem die seit 17 Jahren verschenkte Vermögenssteuer wieder korrekt zu kassieren.



Foto: Erda Seib



Nanu, wer verteilt 100-Euro-Scheine in der Fußgängerzone? fragten sich viele. In der Aktion des Bielefelder Bündnisses UmFAIRteilen am 15.9.2012 durften Passanten die Blüten auf vier Urnen umfairteilen. So vergaben sie den Reichtum im Lande, als hätten sie wirklich das Sagen. Mehr als 300 Bürger nutzten das und stimmten zugunsten von sozialer Gerechtigkeit und für Bildung. Eine Minderheit wollte Schuldenabbau, die Urne der Millionäre aber blieb leer.

Interview mit Initiator „Bielefelder Appell“

Gegen Billigpflege in der Diakonie

21 Betriebsräte und Mitarbeitervertretungen (MAV) von mehr als 13.500 Beschäftigten in Bielefelder Einrichtungen und Diensten haben sich in einem „Bielefelder Appell“ an die Öffentlichkeit gewandt. Zwei Jahrzehnte Kürzungen haben dazu geführt, dass immer weniger Beschäftigte für mehr Patienten zuständig sind. Wachsende Teilzeitarbeit und abgesenkte Tarife machen es für manche Beschäftigte schwer, ohne Nebenjob den Lebensunterhalt zu bestreiten. Zeit also für einen Politikwechsel. **DURCHBLICK** sprach darüber mit **Christian Janßen** von der MAV Bethel.Regional.

Pflegeeinrichtungen sorgen immer wieder für negative Schlagzeilen. Im letzten Winter wurde über Hygieneprobleme im hiesigen diakonischen Krankenhaus Gilead berichtet. Sind das aber alles nicht nur wenige schwarze Schafe?

Einmal unabhängig davon, dass es natürlich schwarze Schafe gibt, geht es insgesamt um eine ungute Entwicklung in den letzten 15 Jahren: Wir sehen das grundsätzliche Problem einer sich immer mehr verschärfenden Krise aller Einrichtungen der Pflege, Betreuung und Begleitung.

Die Vorstände vom Johanneswerk und Bethel behaupten, dass der Wettbewerb zu mehr Qualität in der Pflege geführt hat. Stimmt das?

Wir müssen uns in einem Arbeitsfeld behaupten, in dem relativ immer weniger Geld für die Arbeit zur Verfügung gestellt wird. Nach marktwirtschaftlichen Kriterien mag eine schnellere Pflege ein Ziel sein. Begleitung,

Betreuung und Pflege können jedoch nicht nach Modellen des Wettbewerbs ausgerichtet werden. Es geht um soziale Leistungen, die von Menschen an Menschen erbracht werden.

Und das ist eine gesellschaftliche und keine privatwirtschaftliche Aufgabe. Wir werden immer häufiger mit dem Arbeitsdruck, der Arbeitsverdichtung, der psychosozialen Belastung der Mitarbeiterinnen und einem erhöhten Krankheitsgeschehen in den Einrichtungen und Diensten konfrontiert.

Nach Skandalnachrichten kommt regelmäßig der Ruf nach mehr Aufsicht und verschärfter Kontrolle. Ist das der richtige Weg?

Diese stärkere Kontrolle erleben wir ja schon seit 15, 20 Jahren. Das hat nur zu einem Dokumentationswust und weniger Arbeit direkt am Menschen geführt. Wie sagte eine Bewohnerin letztens zu mir: „Früher konnte die Mitarbeiterin noch mit mir rausgehen, jetzt sitzt die ja doch nur am Computer!“.

Betriebsführung nach ökonomischen Kriterien sichert Arbeitsplätze heißt es. Sehen das die Mitarbeiterinnen auch so?

Vor 15 Jahren wurde ein Dumpingwettbewerb eröffnet: Wer kann mit weniger bzw. gering ausgebildetem Personal billiger arbeiten. Der individuelle Rechtsanspruch auf Hilfe wurde ausgehöhlt und durch pauschalisierte Systeme ersetzt. Da wird für Spritzen setzen eine festgelegte Zeit vorgegeben und bezahlt - egal, ob die Patientin Zuspruch oder ein kurzes Gespräch braucht. Die Mitarbeiterinnen hetzen sich dann ab, damit sie auch

den Menschen gerecht werden. Irgendwann sind sie kaputt - ob das dann „sicherer Arbeitsplatz“ genannt werden kann, bezweifle ich. Und schließlich ist jede und jeder von uns einmal in den Händen meiner Kolleginnen - die dann keine Zeit für sie haben.

Was muss die Politik tun, damit Pflege wieder menschenwürdig wird?

Der Kern dieser Frage ist: Welche Prioritäten setzt unsere Gesellschaft? Wie viel ist uns die Pflege, Betreuung und Begleitung von alten, kranken, sozial geschwächten und behinderten Menschen wert?

Es geht um eine Politik, die seit Jahren ihre Prioritäten nicht in die Rettung „notleidender Menschen“ und eine menschenwürdige Pflege, Betreuung und Begleitung setzt, sondern immer wieder Milliarden in die Rettung „notleidender Banken“ investiert. Diese Schieflage muss verändert werden. Hier muss wieder der Mensch im Mittelpunkt stehen, nicht das Geld.

Der „Bielefelder Appell“ steht auf der Homepage der LINKEN Bielefeld: www.dielinke-bielefeld.de



Kollege Janßen, Redebeitrag auf der Aktion „umFAIRteilen“ am 15.9. in der Bahnhofstraße.

EINBLICKE

DIE LINKE.
RATSFRAKTION BIELEFELD

Nachrichten der Fraktion DIE LINKE aus Bielefelder Rat & Bezirken

Herbst 2012

Die Stadt braucht mehr Geld für Daseinsvorsorge

Reichtum ist teilbar – auch in Bielefeld

„Kampf um die Millionäre von Bielefeld“ betitelte die überregionale Tageszeitung DIE WELT am 26. Juni 2011 einen Artikel und schrieb weiter: „In keiner anderen deutschen Großstadt kämpfen so viele Banken auf so engem Raum um

die Gunst der Millionäre wie in Bielefeld.“ Schön, Bielefeld so in den Schlagzeilen zu sehen. Auch der Bericht zur Lage der Bielefelder Wirtschaft kann erfreuliches berichten: der Wirtschaft geht's blendend, die Gewinne sprudeln.

Leider hat diese Beschreibung nichts mit der Wirklichkeit der meisten Menschen in der Stadt zu tun. Jedes vierte Kind lebt hier in Armut. Der Anteil der Menschen, die von Ihrer Arbeit nicht leben können, beträgt bereits ein Fünftel und steigt.

Die Stadt ist seit fast 10 Jahren chronisch unterfinanziert. Seit 2009 versucht der Rat immer wieder, die Millionenlücke zwischen notwendigen Ausgaben und verfügbaren Finanzen durch ein Haushaltssicherungskonzept zu stopfen. Immer mehr Aufgaben sollen mit weniger Personal bewältigt werden. Seit 2009 bekommen die Wohlfahrtsverbände und freien Träger, die für die Stadt soziale Leistungen erbringen, keinen Ausgleich mehr für Tarifsteigerungen. Für dringend sanierungsbedürftige Bäder wie das in Gadderbaum ist kein Geld da. – Nanu, kein Geld da?

Das Geld ist da, aber bei den falschen Leuten!

Vor gut 10 Jahren begann unter der rot-grünen Bundesregierung eine Politik der Steuergeschenke an Reiche und Unternehmen, die die öffentlichen Finanzen gründlich ruiniert hat. Allein durch die Steuerpolitik des Bundes seit 2007 hat die Stadt Bielefeld aktuell jedes Jahr ca. 35 Millionen Euro geringere Steuereinnahmen. Zum Vergleich: Das Haushaltssicherungskon-

zept der rot-grün-gelben Ratsmehrheit will insgesamt 40 Millionen Euro Defizit ausgleichen: 20 Millionen durch höhere Einnahmen aus Gebühren etc. und 20 Millionen durch Kürzung von Ausgaben bei Sozialem, Kultur, beim Personal.

DIE LINKE sagt: das ist der falsche Weg. Wir brauchen wieder mehr Geld in den öffentlichen Kassen. Wir brauchen höhere Steuereinnahmen und zwar von denen, die es haben und ihren Reichtum vor allem dazu nutzen, aus Spekulationen auf die öffentliche Armut in Europa Profit zu schlagen.

Reichtum ist teilbar – auch in Bielefeld. Geteilter Reichtum nützt der Gesellschaft. Dazu braucht es eine breite öffentliche Bewegung, um die Regierungen in Bund und Land zu einer anderen Politik zu veranlassen. Die Aktion UmFAIRteilen gibt die Antwort.



Barbara Schmidt
Ratsfraktionsvorsitzende



Sportentwicklung in Bielefeld?

Im Jahr der Ratswahl 2009 war die Bielefelder Sportwelt noch in Ordnung. Im Vergleich zu anderen Städten war die Sportlandschaft gut aufgestellt. Bei der Sportpolitik ging es noch um den Sport. Jetzt geht es um Wichtigtuereien (Wichtigkeiten und Eitelkeiten) und um Klientelpolitik. Bei der Sportentwicklung beschäftigte man sich mit Sportplatzschließungen, statt Sportförderung wird Sportverhinderung betrieben.

Aktuell besonders betroffen ist die Bielefelder Turngemeinde (BTG). Sie hat in 2006 einen kieselrot belasteten städtischen Sportplatz auf eigene Kosten für die Belange des Schulsports saniert und in einen Naturrasen verwandelt. Ein Dankeschön und ein Entgegenkommen an anderer Stelle hätte der Traditionsverein dafür eigentlich erwarten dürfen. Aber weit gefehlt; so ist die Finanzierung einer Kindersporthalle

aufgrund vorenthaltener Zuschüsse gefährdet. Obendrein hat die BTG für das gesamte Vereinsgelände am Brodhagen Abgaben für eine zweigeschossige Bebauung in Höhe von 115.000 Euro zahlen müssen, obwohl nur ein kleiner Teil bebaut ist. Die übrigen Teile des Geländes dürfen gar nicht bebaut werden, weil

sie als Grünflächen und Flächen für Sport und Freizeit ausgewiesen sind. Dabei einen Hockeyplatz als zweigeschossig bebaut zu werten, bedarf einer speziellen Intelligenz. Juristisch mag das korrekt sein, praktisch und moralisch ist das den engagierten Ehrenamtlern des Sportvereins aber nicht zu vermitteln.

Sportpolitik der anderen Ratsparteien ist nicht verlässlich

Die Grünen im Rat zeichnen sich durch abenteuerliche und wirklichkeitsfremde Ideen (z.B. beleuchtete Laufstrecke am Obersee) aus. Sie sind dabei aber wenig-

tens konsequent. Das kann man von anderen Parteien nicht behaupten. Entweder wissen sie nicht genau, was sie wollen (SPD und FDP) und/oder sie ändern sehr schnell ihre Meinung (CDU).

Den etablierten Parteien und der Stadtverwaltung ist anscheinend nicht klar, dass sie sich nicht ganz im Einklang mit Artikel 18 Abschnitt 3 der Landesverfassung befinden (Sport ist durch Land und Gemeinden zu pflegen und zu fördern).

DIE LINKE steht für klare und konsequente Positionen. Das hat sie bei Arminia Bielefeld und der beleuchteten Laufstrecke gezeigt. In der Sportszene ist dies auch erkannt und anerkannt worden. Wir werden weiterhin SPORTFÖRDERUNG betreiben, damit der Sport sich in Bielefeld entwickeln kann.

Bernd Schatschneider

Sachkundiger Bürger
im Schul- und Sport-
ausschuss



Die Kindersporthalle gibt es nicht. Stattdessen wird in diesem umgebauten „Sozialraum“ der BTG mit den Kindern Sport betrieben.

Brackwede:

LINKE beantragt mehr Fahrradboxen



Brigitte Varchmin vor Ort. Links die Mietboxen, rechts die unsicheren Freiständer.

Seit Wegfall des Haltepunkts „Brackwede Süd“ hat der Brackweder Bahnhof mehr Nutzer. Parkraum für Fahrräder und Autos von Pendlern wird knapp.

Wegen ständiger Beschädigungen werden Fahrräder gebäudenah im Freien angeschlossen, weil es nur 17 sichere Fahrradboxen zu mieten gibt. moBiel verwies Brigitte Varchmin (DIE LINKE) auf die Warteliste. Da beantragte sie in der Bezirksvertretung Brackwede schon im Juni zusätzliche Mietboxen. Platz dafür ist

da. Verwaltung und moBiel schweigen. Nur der Fahrradbeauftragte kam die leeren Ständer fotografieren.

Die Box kostet 2.700 Euro, die Jahresmiete 70. Abgestellt wären Pendlerfahräder sicher und trocken, wo bisher eine Wand gemiedener Freiständer gähnt. Es fließt somit auch Geld an moBiel zurück, während leere Fahrradständer gar nichts einbringen.

Brigitte Varchmin

Bezirksvertreterin in
Brackwede

Gegen Mieterhöhungen von bis zu 150 Prozent

Bürgerinitiative „Alter Dreisch“ macht erneut mobil

Am Alten Dreisch im Bielefelder Osten geht es wieder rund. Alt-ingesessene BielefelderInnen werden sich erinnern, wie vor rund 30 Jahren am Oberen Lipper Hellweg in Hillegossen eine ganze Siedlung gegen städtische Umsiedlungspläne mobil machte.

Erfolgreich kämpften die MieterInnen der Siedlung damals für ihr Bleiberecht und um Modernisierung ihrer Wohnungen. Heute setzen sich die Bewohnerinnen erneut zur Wehr, diesmal gegen die Immobilienfirma IWG aus Hamm. Sie hat die Siedlung vor einem Jahr aufgekauft und will nun Kasse machen. Die Mieten möchte sie um bis zu 150 Prozent steigern. Mit überhöhten und unbegründeten Betriebskosten bedrängt

die Hausverwaltung die Bewohner obendrein. Da haben die Immobilienhaie allerdings die Rechnung ohne die Bewohner gemacht. Die MieterInnen vom Alten Dreisch machen mit Gegenforderungen Front gegen das Mieterhöhungsverlangen

der IWG. Zwar wären sie bereit, die vom Gesetz erlaubten 20 Prozent Mieterhöhung mit Bindung auf drei Jahre zu zahlen. Dafür aber wollen sie die zahlreichen Mängel der Mietwohnungen beseitigt und ihre Mieterinitiative sowie ihre Rechte aner-

kannt sehen. Außerdem fordern sie ihre Gemeinschaftsräume zurück. Sie wandten sich an die Presse und den Oberbürgermeister, der ihnen Unterstützung versprach. Barbara Schmidt, Fraktionsvorsitzende für DIE LINKE im Stadtrat, stärkt

ihnen den Rücken: „Die Menschen am Alten Dreisch lassen sich ihre Rechte nicht nehmen. Sie haben von ihren Eltern gelernt, wie wichtig es ist, sich gemeinsam zu wehren, und dass damit Erfolg möglich wird.“

Barbara Schmidt



Mitglieder der Bürgerinitiative Alter Dreisch unter ihrer Eiche. Ihre Eltern haben sie vor 30 Jahren gepflanzt. Sie sehen sie als Symbol: „Wir haben hier Wurzeln geschlagen und wir lassen uns von hier nicht vertreiben.“

DIE LINKE. im Rat

DIE LINKE beantragt Erhöhung der Einnahmen der Stadt

Zur Ratssitzung im Mai stellte DIE LINKE den Antrag, eine Kulturförderabgabe („Bettensteuer“) zu erheben. Mit etwa einem Drittel der Mehreinnahmen (ca. 1,7 Mill. Euro) hätten notwendige Tarifierhöhungen bei Leistungsverträgen finanziert werden können. SPD, Grüne, FDP, CDU und BfB lehnten ab.

Nachdem durch eine Anfrage der LINKEN herausgekommen war, dass die Gewerbesteuer-Hebesätze

vergleichbarer NRW-Städte im Durchschnitt bei 469 Prozent liegen, wurde im Juli von der LINKEN beantragt, von 463 Prozent (aktueller Hebesatz in Bielefeld) auf 469 Prozent zu erhöhen. Erwartete Mehreinnahmen: ca. 1,8 Mill. Euro!

Außerdem beantragte DIE LINKE bei den Haushaltsberatungen, die Streichung der Zuschüsse (46.000 Euro) für Schutzkleidung und Aufwandsentschädi-

gung der freiwilligen Feuerwehr zurückzunehmen.

Die Ratsmehrheit lehnte beide Anträge ab.

Ein Dringlichkeitsantrag zur Ratssitzung im September, keinen Transport von MOX-Brennelementen aus Sellafeld zum AKW Grohnde zuzulassen, wurde zur Abstimmung im Rat nicht zugelassen. Dieser Antrag wird als „ordentlicher“ Antrag zur nächsten Ratssitzung erneut eingereicht werden.

Zur Unterstützung der Einführung einer Vermögenssteuer und dem Beitritt der Stadt Bielefeld zum Bündnis „Vermögenssteuer jetzt!“ bereitet DIE LINKE einen Antrag zur Ratssitzung im Oktober vor. Die Städte Duisburg, Marburg, Göttingen und Löhne sind dem Bündnis „Vermögenssteuer jetzt!“ bereits beigetreten.

Hans-Dietmar Hölscher
Fraktionsgeschäftsführer
DIE LINKE

Das Schulchaos geht weiter

Wenige Monate ist es her, dass die Grundschulleitern gegen die Schulentwicklungsplanung der Ampel-Koalition auf die Barrikaden gingen und 40.000 Unterschriften sammelten, mit denen sie die Schließung ihrer Schulen erfolgreich verhinderten.

Nun bricht erneut das Chaos aus. Die Hauptschulen sind nicht mehr in der Lage Eingangsklassen zu bilden und allen ist klar: Die Hauptschule

hat keine Zukunft mehr. Nur was kommt danach? Die Antwort kann nur heißen: Längeres gemeinsames Lernen! Dem stehen die Klientelinteressen der Reichen entgegen. Sie wollen weiterhin aussieben, damit ihre eigenen Kinder möglichst wenig Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt haben. Es wundert nicht, dass es ausgerechnet die FDP ist, die diese Interessen vertritt. Die Ampel-Koalition kann sich daher nicht mal darauf einigen

Haupt- und Realschulen in Sekundarschulen umzuwandeln, ganz zu schweigen, davon eine weitere Gesamtschule zu gründen. Dabei wären das nur erste Schritte in Richtung einer gemeinsamen Schule für alle. Dieses Projekt hat jedoch Rot/Grün durch den „Schulnonsens“ mit der CDU begraben und damit ihr Wahlversprechen gebrochen. Dass solche Versprechen sich nur an Taten mes-

sen lassen, zeigt sich auch vor Ort. Nach dem Grundschuldebakel beteuerten alle Fraktionen, allen voran die Grünen, dass Schulentwicklungsplanung nicht „hinter verschlossenen Türen“ stattfinden dürfe. Kaum ist die erste Empörung verebht, trafen sich alle Fraktionen zu „vertraulichen“ Gesprächen. Alle, außer der LINKEN. Wir haben dieses Angebot abgelehnt, weil wir nicht mauscheln. Schulentwicklungsplanung gehört

in die Ausschüsse und nicht in die Hinterzimmer!



Onur Ocak

Mitglied im Schul- und Sportausschuss

Sprechzeiten der Ratsfraktion DIE LINKE

**Altes Rathaus · Erdgeschoss ·
33597 Bielefeld**

Montag - Donnerstag:

10-16 Uhr · Freitag: 10-14 Uhr

Telefon: (0521) 515080 · Telefax: (0521) 518110

E-Mail: die.linke@bielefeld.de

Internet: www.linksfraktion-bielefeld.de

Statt Stromsperrn - Sozialtarif einführen!

„500 Stromsperrn verhängten die Stadtwerke Bielefeld im letzten Jahr und das Problem verschärft sich,“ erklärt Dr. Dirk Schmitz, Ratsmitglied der LINKEN, „Steigende Strom-

Aber Hartz IV und Grundsicherung enthalten jährlich nur 349 Euro für Strom. 168 Euro müssen vom Mund abgespart werden.

Ein Stromkontingent für jeden Haushalt

„Hier muss die Stadt Bielefeld als Eigentümer der Stadtwerke mit einem Strom-Sozialtarif reagieren: Wenn alle Haushalte ein Grundkontingent an kostengünstigem Strom erhalten, kann höherer Stromverbrauch teurer sein. „Das ist sozial und ökologisch sinnvoll.“ so Dirk Schmitz weiter. „Stromsperrn darf es nicht geben, denn Kerzen sind ein gefährlicher Notbehelf. Erst kürzlich sind in Saarbrücken vier Kinder in einer Wohnung mit Stromsperre verbrannt.“



folia

preise treffen auf sinkende Einkommen, Stromschulden sind programmiert.“ Für den durchschnittlichen Jahresstromverbrauch (1798 kWh/a) zahlen Bielefelder Ein-Personen-Haushalte mittlerweile 517 Euro.

Stadtbibliothek geflutet

Ende Juni gab es bei starkem Regen 11.000 Euro Schaden im „Amerikahaus“. Dort hat Bielefeld die Stadtbibliothek auf 20 Jahre für 40 Millionen vom Münchener HFS-

Immobilienfonds eingemietet. Offenbar war der Umbau des 13 Jahre leer stehenden Spielwarensupermarkts nicht fachmännisch. Wie hätte sonst ein „Rückstau“ das

Parkett fluten und aufquellen lassen können? Statische Betonschäden in Bibliothek und Stadtarchiv sind nicht bekannt. Weil Papier saugfähig ist?

Günter Seib



Für ein wirkliches Sozialticket!

Mobilität ist ein Grundrecht, auch für Menschen mit geringen Einkommen. Doch nur 15 Euro für Nahverkehr sind in ALG II und der Grundsicherung enthalten. Ein ermäßigtes Monatsticket in Bielefeld kostet aber schon 36,40 Euro, ein „9-Uhr-Ticket“ noch 24,90 Euro. Bielefeld ist hierbei teurer als andere Städte in NRW. Der Preis wäre niedriger, würde moBiel die Landeszuschüsse ausschöpfen und Mehreinnahmen durch Sozialticket-Neukunden einbeziehen.

Verbesserungswürdig ist nicht nur der Preis, denn:

- Etwa 5.000 NutzerInnen müssen in der Innenstadt bei Wind und Wetter draußen anstehen, weil moBiel den Ticketverkauf ablehnt und an die Stiftung Solidarität delegiert hat.
- Die NutzerInnen müssen dort ihren Bielefeld-Pass zur Registrierung vorzeigen, obwohl es um „übertragbare“ Tickets geht. Und sie können einer gehbehinderten Nachbarin kein Ticket mitbringen.
- Für moBiel erhob die FH Bielefeld per Fragebogen Daten zur Nutzung des Tickets und ganz nebenbei auch zum Sozialverhalten, bis hin zur politischen Gesinnung. DIE LINKE beantragte den Stopp dieser Aktion, die anderen Ratsfraktionen lehnten ab. Daten erfragt die FH seitdem mündlich.

Für ein wirkliches Sozialticket, bezahlbar und diskriminierungsfrei!

Marlis Bußmann

10 Jahre „Hartz-Reformen“ - Angriff auf den Sozialstaat

2002 wurde das Hartz-Konzept von Rot/Grün vorgestellt. Es sollte neue Jobs schaffen und die Arbeitslosigkeit halbieren.

In der Folge wurden Beschränkungen der Leiharbeit aufgehoben, Mini-jobs eingeführt und Sozial- und Arbeitslosenhilfe zu „Hartz VI“ umgewandelt. Heute - 10 Jahre später - nimmt Armut zu. In Arbeitskämpfen drohen Unternehmer, Arbeitsplätze in Leiharbeit umzuwandeln. Viele Normalarbeitsplätze wurden zu prekären Jobs.

Deutschland, das Billiglohnland der Eurozone
Das Hartz-Konzept erwies sich als die Abriss-



Carsten Strauch, Kreissprecher der LINKEN gratuliert: 10 Jahre Montags-Demo Bielefeld.

birne am Sozialstaat. Das Arbeitslosengeld II reicht zum Leben nicht. Es entwürdigt, entrechtet und enteignet. Mit Sanktionen drängt man Arbeitslose in Niedriglohnarbeit bis zur Sittenwidrigkeit. Auch Beschäftigte nehmen Niedriglöhne in Kauf, aus Angst vor „Hartz IV“. 9 Mio. Menschen arbeiten schon

zu Niedriglöhnen - 1,5 Mio. für unter 5 Euro die Stunde. Beschämend niedrige Löhne sind das Ziel: Ex-Kanzler Schröder (SPD) erklärte bereits Anfang 2005 in Davos: "Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt." Die SPD-Spitze ist heute zufrieden. Die Mitglieder sind zur Hälfte

ausgetreten. Steinbrück verlangt mit Blick auf die Agenda 2010: „...etwas mehr Stolz, etwas mehr Selbstbewusstsein“.

Links wirkt!

Aus Empörung über Hartz IV entstanden spontane Montagsdemos.

Um politischen Druck vor allem auf die SPD auszuüben, gründete sich 2004 die WASG. Sie fand 2007 mit der PDS zur neuen Partei DIE LINKE zusammen. Schon das wirkte: Die in 2006 diskutierte Hartz-IV-Regelsatzsenkung um 35 Prozent hat sich Schwarz-Rot nicht mehr getraut.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schrieb 2008:

„Unter dem politischen Druck der Linkspartei dreht die große Koalition die Dinge sogar langsam wieder zurück.“

Nun startete der neoliberale Springer-Verlag im August 2012 einen neuen Großangriff auf das Sozialsystem: die „Agenda 2020“. Er fordert die „Senkung des Hartz-IV-Satzes für Erwerbsfähige Leistungsbezieher um 30 Prozent“. Nur mit einer starken LINKEN können solche Angriffe abgewehrt werden:

Die Hartz-Gesetze müssen weg!

Marlis Bußmann

Warum sich die NW einen verpasst

Westfalen-Blatt ist anders als Neue Westfälische. Wo das konservative Blatt Lokalnachrichten bringt, erfüllt die NW, mehrheitlich in SPD-Eigentum, ihre Berichtspflicht erst im Nachtrab, auf anhaltenden Leserprotest.

So stand im WB über die Pressekonzferenz vom Bielefelder Bündnis „UmFAIRteilen“ ein Sachartikel mit Bild. Die NW bequeme sich erst eine Woche nach dem Termin dazu. Wegen „Überlastung“ hatte sie weder Redakteur noch Fotografen geschickt - und die beim Bündnis angeforderte Pressemitteilung mit Gruppenfoto verschwand in der Ablage.

Der Leser ahnt den Grund. Gewerkschaften, Naturfreunde, attac, DPWW, Falken, Sozialforum, DIDF, Grüne und DIE LINKE, insgesamt 24 Organisationen, bereiteten gemeinsam im Bündnis UmFAIRteilen den bundes-

weiten Aktionstag am 29. September vor. Ziel: Rücknahme der Steuergeschenke. Die SPD fehlt dabei. Erst ihr Exkanzler Schröder hat Deutschland zum Steuerparadies für Reiche und Superreiche gemacht.

Was Wunder, dass die SPD-NW nichts druckt, worin DIE LINKE vorkommt. Wir nerven. Wir nennen die Schuldigen an Hartz IV, Kriegseinsätzen, Sozialabbau, Rente mit 67, ESM und Fiskalpakt, und rechnen die Steuergeschenke an Großvermögen vor. Wir sagen: Gerechtigkeit kann es nur mit Einkassieren der Steuergeschenke von den Reichen geben. Erst damit wird UmFAIRteilen von oben nach unten realistisch. Vor dem „Großen Geld“ aber zuckt die SPD zurück.

In ihrer NW wird deswegen DIE LINKE sogar aus Umfragetabellen der Nachrichtenagenturen herauszensiert.

Florian Straetmanns



Für jeden sechsten Beschäftigten der Altenhilfe in Bethel und der Diakoniestation Brackwede gab es bei dem Augustgehalt eine böse Überraschung. Bis zu 80 Euro weniger Lohn bekamen sie als im Juni und Juli.

Zusätzlich will der Arbeitgeber noch bis zu 160 Euro gezahlten Lohn zurückbekommen. Anders als Altenpfleger/innen sollen Altenpflegehelfer/innen nicht die 3,5 Prozent Lohnerhöhung bekommen, die die Kollegen/innen des öffentlichen Dienstes im Frühjahr erstreikt haben.

Im Juni und Juli sind die 3,5 Prozent noch gezahlt worden. Jetzt fordert die Diakonie das Geld zurück. Und schon heute sind weitere Reallohnabsenkungen

für die Zukunft beschlossen. Von künftigen Lohnerhöhungen werden Altenpflegehelfer/innen nur die Hälfte bekommen. Möglich wurde das, weil die Diakonie Tarifverhandlungen mit der Gewerkschaft ver.di verweigert. Stattdessen handelte sie hinter verschlossenen Türen mit der Scheingewerkschaft vkm (Verband kirchlicher Mitarbeiter) die Lohnkürzungen aus. Bis heute wurden die Beschäftigten nicht darüber informiert, was genau „vereinbart“ wurde. Die Wut der Betroffenen ist groß. Wieder einmal will sich die Diakonie an denen bereichern, die besonders nah am Menschen arbeiten und ohnehin nicht besonders gut verdienen.

Heinz Willemsen

Linksjugend Bielefeld

Basisgruppe der Linksjugend [solid] – sozialistisch, antifaschistisch, demokratisch, emanzipatorisch

Unsere Arbeitsschwerpunkte sind die soziale Frage und Wirtschaftspolitik. Diese sind für uns untrennbar verbunden mit Bildungspolitik, Ökologie, Antifaschismus und Antimilitarismus. So haben wir uns in letzter Zeit neben politischer Bildung bei Aktionen und Bündnissen aktiv eingebracht, wie dem „Bildungsstreik“, „Bielefeld stellt sich quer“, „Rhythm Against Racism“ und dem „Sozialticked Bündnis“. Neben lokalen Aktionen und Bündnissen sind wir auch bundesweit aktiv, wie bei „Dortmund stellt sich quer“, „Dresden Nazifrei“, „Umfairtei-

len“ und einigen anderen. Wenn auch du Lust hast, für eine gerechtere Gesellschaft zu streiten oder dich für unsere Projekte interessierst, dann besuche uns oder unsere Homepage oder schreibe uns einfach eine E-Mail! Wir haben uns 2007 als Linksjugend Bielefeld und unabhängige Jugendgruppe in Bielefeld gegründet. Bei der Gründung des Bundesverbandes Linksjugend [solid] haben wir uns im Verband assoziiert. Auf Grundlage einer materialistischen Analyse der Gesellschaft bringen wir uns in emanzipatorischen Kämpfen

ein, um die neoliberale Hegemonie zu brechen und perspektivisch eine Massenbasis für eine gesamtgesellschaftliche Alternativpolitik zu schaffen. Dies kann man jedoch nur erreichen, indem man auf konkrete Verbesserungen im Alltag hinarbeitet.

Treffen: Donnerstags 19.00 Uhr, August-Bebel-Str. 126 (Parteibüro DIE LINKE Bielefeld)



Homepage: www.linksjugend-bielefeld.de
E-Mail: info@linksjugend-bielefeld.de

Tipps zu Hartz IV und Grundsicherung:

Mietkosten-Nachzahlung beantragen!

Leben Sie in einem Mehrpersonenhaushalt und hat das Amt die „Kosten der Unterkunft“ für Ihre „zu teure“ Wohnung nicht vollständig erstattet?

Dann können Sie vorerhaltene Miet- bzw. Heizkosten (zum Beispiel 20–30 Euro je Monat) mit einem „Überprüfungsantrag nach § 44 SGB X“ einfordern: Jobcenter sowie Sozialämter müssen dann Ihre Leistungsbescheide ab dem 1.1. 2011 überprüfen und fehlende Beträge nachzahlen.

Ein aktuelles Urteil des Bundessozialgerichtes stellte klar, dass Jobcenter sowie Sozialämter in

NRW bei der Berechnung der „Kosten der Unterkunft“ von einer 5 qm größeren „angemessenen Wohnfläche“ ausgehen mussten – und zwar schon seit Januar 2010. Das wird in Bielefeld erst ab 1. Juni 2012 automatisch berücksichtigt.

Einen Musterantrag und weitere Infos bekommen Sie bei: www.dielinke-bielefeld.de und im Parteibüro der LINKEN in der August-Bebel-Straße 126 (Mittwoch und Freitag: 14-19 Uhr, Tel. 0521-86611)

Wir sind gerne beim Ausfüllen des Antrags behilflich.

Marlis Bußmann

Nichts ist unmöglich: Piraten!

Die neue „Partei“ im Landtag fasziniert ihre Wähler. Erst hatte sie sich in Vorfreude auf regelmäßige Einkommen schon vor der Wahl zur Diätenerhöhung bekannt. Nun legen die Landtagspiraten nach. Mit einer Strafanzeige gegen NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD). Wegen Verfolgung reicher Steuerkriminalen.

Pflichtgemäß hat er drei schweizer CDs mit deutschen Nummernkonten erworben. Da holen sie die Datenschutzkeule raus. So dummdreist ist nicht mal die FDP. Die Bayerin Leutheusser-Schnarrenberger betrieb die Generalamnestie für reiche Schwarzgeldschieber hinterfotzig. Sie wollte die Datenbeschaffung, das Herzstück der Steuer-



Bild: www.campact.de

TERMINE

Aktuelle Termine bitte im Büro erfragen:

- Arbeitskreis Wirtschafts- u. Sozialpolitik
- Arbeitskreis Hartz IV
- Arbeitskreis Umwelt und Stadtteilgruppe Mitte
- Stadtteilgruppe Schildesche
- Stadtteilgruppe Heepen
- Frauenplenum
- Lese- und Diskussionszirkel zur Analyse und Geschichte des Kapitalismus

DIE LINKE Bielefeld ist erreichbar:

Telefon: 0521. 8 66 11 · info@dielinke-bielefeld.de
NEWS-LETTER: www.dielinke-bielefeld.de
Jeden Freitag und Mittwoch von 14 bis 19 Uhr,
offenes Büro in der August-Bebel-Str. 126

fahndung, glatt per Gesetz verbieten. Kaum war das raus, piff der FDP-Bundesvorstand seine Justizministerin in Panik zurück.

Schlauer schlich ein Schwabe, Finanzminister Schäuble (CDU), zum selben Ziel. Er fummelte einen Staatsvertrag. Ausgerechnet über die „Bankster“ sollten Nummernkonten pauschal nachversteuert werden. Anonym und mit Großkundenrabatt. 10 Steuer-

milliarden jährlich flössen bei Strafflosigkeit und Forderungsverzicht freiwillig aus der Schweiz, log er – wohl wissend, wie emsig die Eidgenossen seit 6 Jahren amerikanische und deutsche Nummernkonten in eigens gegründete Singapur-Filialen verschieben.

Die Furcht vor den CDs hat dem deutschen Fiskus bisher per Selbstanzeigen drei Milliarden Euro beschert. Deutsche Schwarzkonten in der

Schweiz werden auf bis zu 220 Milliarden geschätzt. Da ist Musik drin. Doch die Finanzpiraten bedienen lieber Schwarzgeldschieber und bekämpfengesetzestreue Fahnder.

Was wird ihr nächster Kopfstand sein? Rente mit 50 vom Fiskus als Haftentschädigung für Steuerganoven? Hier erklingt wie bei der japanischen Automarke: „Nichts ist unmöglich – Pi-ra-ten!“

Günter Seib